

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dabberbrück, Königsf., Rierspe, Rierspe-Bf., Bülwer, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Opl., Ruppberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wils. Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 63

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Posthalter abgeholt 6,00 Mk. durch die Boten 7,50, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 7,50 Mk.

Halver
Montag, den 15. März.

Anzeigen: Für die einseitige Zeitzeile a. d. Raum 30 Bg. auswärts 35 Bg. Restzeile 1,25 Bg. Zeitungszuschlag 20 Bg. bei Aufnahme in unregelmäßige Zeitungen. Jede Abnahme von 100 Bg. wird bis auf weiteres bei der Abrechnung der Gebühren.

20. Jahrgang

Weltmarktpreis.

Es gibt wohl kein Schlagwort, das augenblicklich im Wirtschaftsleben häufiger gebraucht würde, aber auch umstrittener wäre, als die „Annäherung an den Weltmarktpreis“. Die brennende Teilnahme an der Frage wird sofort begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. die augenblicklichen Weizenmarktpreise sich nach dem jetzigen Stand der deutschen Währung berechnet, auf etwa 6000 bis 7000 Mark für die Tonne stellen würden, während im Inlande etwa 800 Mark bezahlt werden, daß Eisenwaren im Auslande etwa das 10- bis 15fache kosten als in Deutschland, und daß man bei einer durchgeführten Annäherung an den Weltmarktpreis zu Preisen kommt, wie sie jetzt etwa für Anzugstoffe, Reis und ähnliches bezahlt werden müssen.

Bei den gewaltigen Preiserhöhungen, die die Annäherung an den Weltmarktpreis im allgemeinen für den Erzeuger bedeuten würde, kann man es durchaus verstehen, wenn aus diesen Kreisen von überall her darauf gedrängt wird, den Inlandspreis im freien Spiel der Kräfte an den Weltmarkt heranzubringen. Überdies spricht für sie — und das gilt in besonders hohem Maße von der Landwirtschaft — daß tatsächlich ein großer Teil dessen, was gekauft werden muß, sich den Werten des Weltmarktes bereits mehr angenähert hat, als ein großer Teil dessen, was verkauft wird.

Hat aber jedes Ding seine zwei Seiten, so gilt dies ganz besonders von der hier behandelten Frage. Denn der Weltmarktpreis bedeutet einen nicht bloß höheren Erlös für den Hersteller, sondern höhere Kosten für jeden Verbraucher, d. h. also eine neue und zwar ganz gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung mit den ungewissen ihr folgenden Lohnkämpfen und Lohnsenkungen. Was diese für unsere noch immer aufs äußerste geschwächte Volkswirtschaft bedeuten würden, bedarf keiner näheren Erläuterung. Die Folgen gehen aber über diese reinen Lohnfragen noch ganz erheblich hinaus. Wie die Dinge liegen, würde es dem Arbeiter vielleicht — sicher in dies keineswegs — gelingen, einen Teil der Preissteigerungen im Lohn wieder hereinzuholen, dem größten Teil des sogenannten Mittelstandes aber wäre dies völlig unmöglich. Ein gewisses Bild davon, wie die Verhältnisse sich dann gestalten könnten, gibt Wien; daß dort auch noch andere Gründe mitsprechen, verschiebt das Bild nicht sehr wesentlich.

Nun ist aber bei der ganzen Behandlung dieser Frage ein sehr wichtiger Punkt eigentlich stets aufs kleinmütterlichste behandelt worden: man hat nämlich niemals die Frage aufgeworfen, was denn eigentlich der Weltmarktpreis ist. Ein Beispiel, das aber ganz allgemeine Gültigkeit hat: vor etwa 14 Tagen galt der amerikanische Dollar rund 100 Mark, jetzt rund 75 (im Frieden 40 Mark). Kupfer kostete damals wie heute beim amerikanischen Erzeuger 19 Cents für das englische Pfund, d. h. rund 42 Cents für das Kilogramm. Diese 42 Cents aber stellten vor vierzehn Tagen einen Weltmarktpreis von 4200 Mark für 100 Kilogramm dar, heute einen solchen von rund 3150 Mark. Nach welchem Weltmarktpreis soll man sich nun eigentlich richten, oder wünscht man einen Zustand herbei, in dem die Preise von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde um Hunderte von Mark schwanken, in dem jede Kalkulation noch mehr als heute zur platten Unmöglichkeit wird, einen Zustand also, der letzten Endes nur den Schieber noch mehr mächtig als der jetzige, den ehrlichen Kaufmann und Erzeuger aber in eine geradezu unerträgliche Unsicherheit bringt?

Dazu kommt noch, daß die jetzt von London aus in die Welt geschickten neuen Wertschätzungen (Laten) sind es ja noch nicht mindestens die eine Folge haben werden, die Schwankungen der einzelnen Währungen gegeneinander auf lange Zeit hinaus noch rascher und schärfer zu machen. Was das bedeuten würde, ist nach dem vorerwähnten von vornherein klar. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß die Preise im Kleinhandel Aufwärtstendenzen der Großhandelspreise sehr rasch und willig folgen, Preissteigerungen dagegen nur sehr zögernd mitmachen. Erreichte man so, wie es jetzt so aus, als wollten (infolge der Besserung des Marktwortes) die Weltmarktpreise sich den deutschen annähern. Auch diese Entwicklung würde durch die Nebenwirkungen einer Entfesselung des „freien Spiels aller Kräfte“ in der Preisbildung wahrscheinlich sehr rasch abgefedert und ins Gegenteil verkehrt werden.

Es gibt gewisse Dinge, die wir nur vom Ausland erhalten können und deshalb, ob wir wollen oder nicht, mit dem jeweiligen Weltmarktpreis bezahlen müssen. In all den Fällen aber, in denen wir uns überwiegend aus dem Inlande versorgen, wird man die sozialen Schäden eines Preisumsturzes, wie ihn die Einführung des Weltmarktpreises heute noch bedeuten würde, wohl als schwerwiegender ansehen müssen, als den Nutzen, der sich für einzelne Erzeugergruppen daraus ergäbe. Auch der jetzige Zustand hat natürlich schwere Schäden: allmählich werden sich deshalb Inlands- und Weltmarktpreis einander ausgleichen müssen. Die Angst weiter Preise davor aber, daß diese Ausgleiche nur vom Inlande her, d. h. durch Verteilung unserer jetzigen Preise erfolgt, ist keineswegs unberechtigt.

Leonhard Fragebuecher.

Politische Rundschau.

Österreich Reich.

Ministerpräsident und die dänische Grenzfrage. Auf eine Anfrage über die Regelung der dänischen Grenzfrage erklärte Außenminister Müller u. a.: Die Grenze wird so festzulegen sein, daß überall da, wo die Bevölkerung überwiegend deutsch gestimmt ist, mit Ausnahme von deutschen Enklaven in rein dänischen Gebieten, die betreffenden Landesteile auch bei Deutschland zu bleiben haben. Der Artikel über die Bewirtschaftung der geographischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist innerhalb des Rahmens dieser allgemeinen Notwendigkeiten zu verstehen. Sollte der Versuch gemacht werden, eine große Stadt wie Flensburg oder mehrere Städte der westlichen Zone trotz deutscher Zustimmung

Deutschland zu entreißen und Landmarken auszuheben, so würde die deutsche Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um einen solchen klaren Bruch des Friedensvertrages abzuwehren.

Zur Wahl des Reichspräsidenten beabsichtigt, wie verlautet, die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung ihren bereits bei der Verfassungsberatung formulierten, wenn auch zurückgezogenen Antrag, daß der Reichspräsident vom Reichstag (und nicht direkt vom Volke) gewählt wird, wieder einzubringen. Es verlautet ferner, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit für diese Verfassungsänderung gesichert ist.

Die Massenandrangungen aus Elb-Lothringen. Die Freiwillige Zentralhilfe für ausgewiesene Elb-Lothringer teilt amtlich mit, daß bisher 98 000 Personen Elb-Lothringen verlassen haben, nämlich 29 600 Männer, 31 000 Frauen und 36 000 Kinder. Rechnet man diejenigen hinzu, die die Abnahmestelle nicht passiert haben, und jene, die nach Entlassung vom Militär nicht mehr nach Elb-Lothringen zurückgekehrt sind, so ist das erste Hunderttausend heimatischer Menschen bereits überschritten.

Die Rheinlandfrage. Das preussische Staatsministerium beschloß sich in mehrstündiger Aussprache mit der Rheinlandfrage. Als Unterlage diente insbesondere die Denkschrift, die unter Mitwirkung aller an der Rheinlandreise der preussischen Minister beteiligten Ressorts aufgestellt worden ist. Im Zusammenhang damit wurden auch die besonderen Verhältnisse von Eupen-Malmédy erörtert. Aber einstimmig wurde die Notwendigkeit erkannt, dahin zu wirken, daß die Formen der Abtretung derart abgeändert werden, daß eine wirklich unbeeinträchtigte Abtretung der Bevölkerung ermöglicht wird. Das Staatsministerium erklärte ferner seine Bereitwilligkeit, alle verfügbaren Kräfte und Mittel für die Unterhaltung derjenigen Kreise und Personen einzusetzen, die in Eupen-Malmédy durch das Bekanntwerden zu ihrem Deutschland Schaden erleiden.

Ein deutsch-französisches Schiedsgericht. Das gemischte Schiedsgericht zur Schlichtung zivilrechtlicher Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen, welches der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, hat sich konstituiert. Das Schiedsgericht umfaßt vier Abteilungen, welche je aus einem von Neutralen zu bestimmenden Vorsitzenden sowie je einem deutschen und einem französischen Schiedsrichter bestehen werden. Als deutsche Richter werden wirken: v. Richterhofen, Juristat, Leipzig, Feilz Condit, Rechtsanwalt, Dresden, Dr. Hermann, Juristat, Düsseldorf und Justizrat Bielefeld, München.

Zuständigkeitsfragen in Oberschlesien. Infolge des deutschen Protestes hat der Vorsitzende des internationalen Ausschusses, General Berond, seine Proklamation im ober-schlesischen Amtsblatt nochmals mit richtigem Friedensvertragsgehalt abdrucken lassen. Sonach ist festgestellt, daß sowohl in gesetzgeberischer wie in finanzieller Hinsicht die deutsche Regierung im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet nach wie vor zuständig ist.

Unterstützung über die Ursachen des Zusammenbruchs. Der vierte Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der unter Abänderung seiner früheren Tätigkeit die Gründe des Zusammenbruchs untersuchen will, hat in zwei Sitzungen über seinen Arbeitsplan beraten. Der Ausschuss wird die Untersuchung zunächst auf die Zeit des letzten Kriegshalbjahres beschränken. Es soll untersucht werden: a) die militärischen Machtverhältnisse; b) das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mannschaften; c) die Einwirkung der Mächte in der Heimat auf Armee und Marine; d) die Einflüsse der revolutionären und annexionspolitischen Propaganda.

Großbritannien.

Unabhängigkeitsproklamation in Ägypten. Zwei- und fünfzig Mitglieder der ägyptischen gesetzgebenden Versammlung kamen in der Wohnung des Sozialistenführers Boghul Balcha zusammen. Sie nahmen eine Entschließung an, in der sie gegen die Aufhebung der gesetzgebenden Versammlung und gegen das englische Protektorat Einspruch erhoben und die Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans proklamieren.

Norwegen.

Forderungen der norwegischen Arbeiter. Der Landesverband der Arbeiter hat für die kommenden Tarifverhandlungen folgende Forderungen aufgestellt: Die Arbeitgeber sollen das Recht der Arbeiter anerkennen, bei der Anstellung und Verabschiedung der Arbeiter, Aufseher und Werkmeister mitzubestimmen. Ferner sollen die Arbeiter mitbestimmen bei der Errichtung sanitärer Einrichtungen in den Betrieben und von Arbeiterwohnungen, bei Anschaffung von Maschinen und Einführung neuer Betriebsmethoden. Um dieses Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu sichern, sollen Betriebsräte errichtet werden.

Ungarn.

Die ungarische Königsfrage. Ministerpräsident Horthy erklärte, die Königsfrage sei noch nicht geregelt und wenn auch die leitenden politischen Kreise Ungarns auf dem Standpunkt der Legitimität stehen, so bedeute dies noch keineswegs König Karls Rückkehr auf den ungarischen Thron. Wertmüßigerweise ist eine Bewegung gegen Reichsverweiger Horthy entstanden. Das Offizierskorps der ungarischen Nationalarmee hat eine Versammlung abgehalten, in der ein Redner feststellte, daß Reichsverweiger Horthy seiner schriftlichen Verpflichtung, den Sababurger wieder auf den Thron zu setzen, nicht nachgekommen sei. Es wurde beschlossen, daß, falls Reichsverweiger Horthy nicht mit allen Kräften bestrebt sein wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen, das ungarische Offizierskorps alles daran setzen wird, um den Sababurgern wieder zu ihrem Thron zu verhelfen.

Polen.

Eine neue russische Friedensnote. Die polnischen Blätter melden, daß der Kominternkommission

Angelegenheiten, Litwischerin, zu Händen des Wintlers des Außern sowie des Staatsoberhauptes Bilsudski eine neue Friedensnote abgehen ließ. In der neuen Friedensnote betont Litwischerin, daß die Arbeiterklasse Rußlands den Friedensschluß mit allen Nachbarstaaten und besonders mit Polen wünscht. Weiter wird hierin gesagt, daß die jetzige bolschewistische Offensive nur eine Folge der polnischen Offensive gegen die ukrainischen Rottruppen ist. Litwischerin verlangt von den polnischen Truppen die Einstellung der Aktionen gegen die ukrainischen Bolschewisten, worauf die russischen Truppen ihre Aktionen einstellen werden.

Türkei.

Schwere Niederlage der Franzosen in Mesopotamien. Es ist jetzt fester bestimmte Nachrichten über die schwere Niederlage durch die französischen Truppen in Mesopotamien erhalten. Sie befanden sich auf dem Marsch nach Marasch, als sie plötzlich von überlegenen türkischen Streitkräften angegriffen und vernichtend geschlagen wurden. Sie ließen über 700 Mann auf dem Blase, zumest Senegalneger und Algerier. Außer zahlreichen Gewehren und anderem Kriegsmaterial liegen die flüchtenden Franzosen auch ihre Artillerie auf dem Schlachtfeld zurück.

Aus In- und Ausland.

Köln. Nach Mitteilung des Rhein-Ruhr-Komitees in Koblenz ist das Betriebsrätegesetz ohne Einwendungen angenommen und am 8. März in Kraft getreten.

Paris. Der Marineauschuss des Senates hat einstimmig entschieden, es sei unzulässig, daß Frankreich irgend etwas von dem ihm anvertrauten deutschen Handelskonnosse herausgebe.

Amsterdam. Laut „Le'graaf“ findet das Wirtschafts-memorandum des letzten Rates bei der gesamten englischen Presse volle Zustimmung. „Times“ nennt die Erklärung deutlich, verständlich und wohl durchdacht.

London. Die Arbeiterkassen ernannt hat sich mit 584 000 gegen 346 000 Stimmen für den St. eif zur Unterstützung der Sozialisierung der Vergewerke erklärt.

Jerusalem. In einer gewaltigen Kundgebung, die vor einem Löwen in Jerusalem stattfand, wurde mitgeteilt, daß Emir Faisal zum König von Syrien mit Einschluß von Palästina gekrönt worden sei.

Die künftige Wahlkreiseinteilung.

122 Wahlkreise.

Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung, die einen Bestandteil des neuen Reichswahlgesetzes bilden wird, ist vom Reichamt für den Innern nunmehr fertiggestellt. Der Entwurf beruht auf den von 14 großen Parteien der Volkswahl vom 8. Oktober 1919 und stellt das Reichsgebiet in 122 Wahlkreise ein. 62 Wahlkreise sind für die Wahl von 4, 23 für die Wahl von 3 und 37 für die Wahl von 5 Abgeordneten bestimmt. Mehrere Wahlkreise werden jeweils zu einem Wahlverband zusammengefaßt. Insgesamt sind 23 Wahlverbände vorgesehen, und zwar 8 mit 4, 6 mit je 5, 4 mit je 6, 4 mit je 7 und ein Wahlverband mit 8 Wahlkreisen. Die Veröffentlichung des Entwurfs wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Deutsche Nationalversammlung.

(154. Sitzung.)

OB. Berlin, 11. März.

Die heutige Sitzung war kurz; sie dauerte nur zwei Stunden, aber es wurde Beschlüsse von 8 in ihr beschlossen. Nachdem man ohne Ausnahme die Anwesenheitspflicht zur Sitzung angenommen und den Gesetzentwurf über die Erhebung der Biersteuer für eingeführte Biere in allen drei Sitzungen ohne Ausrede angenommen hatte, wandte man sich der dritten Lesung des

Landesrechnungsgesetz.

Zu einer größeren Einanderbeziehung kam es bei § 53, wonach das Reich jedem Lande die Einnahme aus den durch die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer und die Reichsbeiträge zu einer einzigen Steuer des Landes und der Gemeinden in der bisherigen Höhe gewährt ist. Zu dem Anteil an der Einkommensteuer sollen 25% Zuschlag kommen. Steueränderungen vom 5. März 1920 sollen außer Betracht bleiben. Nach einem Antrag der Reichsversammlung wurde statt des 5. März 1920 der 10. März 1920 festgesetzt.

Abg. Dr. v. d. Hoffen (Dsch. p.) beantragte, Änderungen auch nach dem 10. März anzulassen. Nachdem sich die Reichsversammlung dagegen erklärt hatte, wurde der Antrag abgelehnt. Der Antrag wurde mit 174 gegen 63 Stimmen angenommen und der Unabhängigen abgelehnt. Danach wurde ein weiterer Antrag der Reichsversammlung angenommen, wonach eine Änderung des Gesetzes über die Erhebung der Biersteuer für eingeführte Biere in allen drei Sitzungen ohne Ausrede angenommen hatte, wandte man sich der dritten Lesung des

Vor der Gesetzentwurf wurde erklärt, daß die Reichsversammlung gegen das Gesetz, weil es in die Selbstständigkeit der Länder eingreift. Abg. Dr. v. d. Hoffen (Dsch. p.) erklärte, im Namen seiner Fraktion: Wir haben uns nicht bemüht, dem Gesetz eine Fassung zu geben, die es annehmbar gemacht hätte. Das ist uns nicht gelungen. Wie es jetzt verabschiedet wird, ist es wieder die Forderung der Gemeinden vor dem Reich, noch nicht es den Steuerabgaben vorzuziehen. Wir sind daher leider nicht in der Lage, dafür zu stimmen. Abg. Dr. v. d. Hoffen (Dsch. p.) erklärte, daß seine Fraktion dagegen stimmen werde, weil das Gesetz den Gemeinden nicht die nötige Freiheit lasse, und der Abg. Dr. v. d. Hoffen (Dsch. p.) erklärte, daß seine Fraktion den Reichstag ablehnen müsse, weil es nach ihrer Meinung mit der Verfassung nicht im Einklang stehe. Durch das Gesetz trete eine Zentralisation ein, die der Tod der Selbstverwaltung sein müsse.

Das Landesrechnungsgesetz wurde danach in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Hierauf wurde die bei der dritten Lesung des Reichsinformationsgesetzes aufgestellte Abstimmung vorgenommen und dann wurde das Reichsinformationsgesetz einstimmig angenommen. Die Stimmen der Reichsversammlung und der unabhängigen Sozialdemokraten endgültig angenommen. Danach nahm das Haus eine weitere Entscheidung des Reichs für die Volkswahl an. Nach der dritten Lesung des Reichsinformationsgesetzes wurde das Reichsinformationsgesetz einstimmig angenommen.

werden, durch eine angemessene Erhöhung der Knappschätz-
laffenrenten. Eine paritätisch zusammengestellte Kommission
aus den Herren, landwirtschaftlichen Experten und den Kom-
missionen soll in Verbindung mit der Regierung über die not-
wendige Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Er-
zeugnisse im kommenden Wirtschaftsjahre beraten. Ferner soll
für das nächste Jahr die Zulassung polnischer Lebensmittel
zur Ausführung der Handelsverträge im Rahmen der geltenden
Verträge beschlossen werden. Damit schloß die Sitzung.

Neuer Putsch. — Die alte Regierung gestürzt.

TU Berlin, 13. März. Die Verhandlungen, welche die Regierung Bauer in der vergangenen Nacht mit den Führern des Militärputsches geführt hat, sind ergebnislos verlaufen.

Berlin wurde heute morgen von gegenrevolutionären Truppen besetzt. Das Kabinett hat um 5 Uhr morgens beschloffen, den militärischen Widerstand aufzugeben. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung zum Generalstreik aufzufordern. Die Regierungstruppen sind von der Straße zurückgezogen worden.

Es wird von der Reichskanzlei folgende Bekanntmachung ausgegeben:

„Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den unterzeichneten Generallandschafts-Direktor Rapp als Reichskanzler und preussischen Ministerpräsident übergegangen.“

Zum Militär-Oberbefehlshaber und gleichzeitig zum Reichswehrminister wird vom Reichskanzler, der General der Infanterie Freiherr von Lüttwitz be-
rufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Freiherr von Lüttwitz, General der Infanterie.
Rapp, Reichskanzler.

Ein rechtsradikaler Umsturzplan.

Berlin, 12. März. Gegen den Generallandschafts-
direktor Rapp, Hauptmann a. D. Pabst, Schriftsteller Grabowski und Schriftsteller Schnitzler ist die Schutzhaft verhängt worden.

Die beiden Erstgenannten waren bisher nicht auf-
zufinden. Die Sicherheits- und Reichswehr in Berlin
sind heute in Alarmbereitschaft.

Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt, daß in
Berlin seit einiger Zeit das Treiben einer rechtsradikalen
Clique eingeleitet habe, deren Bestrebungen auf Umsturz
hinauslaufen. Es wird aber festgestellt, daß die Rechts-
parteien der Nationalversammlung, sowie der Preussischen
Landesversammlung der Sache fernstehen.

Weitere Meldungen besagen:

W B Berlin, 12. März. Amlich wird zu der
rechtsradikalen Bewegung mitgeteilt: Die radikalen Kreise
deren Bestrebungen auf einen gleichzeitigen Umsturz hin-
auslaufen, suchen auch militärische Stellen für ihre Pläne
zu gewinnen. Außer den Rechtsparteien der National-
versammlung sowie der Preussischen Landesversammlung
lehnen selbst weite Kreise der altkonservativen Richtung
die Politik dieser rechtsradikalen Clique ablehnend ab.
Die Reichsregierung wird äußerster Vorsicht walten lassen
und mit den schärfsten Mitteln gegen die Drahtzieher
und Leiter der Bewegung einschreiten. Daher wurde
auch gegen eine Reihe von beteiligten Persönlichkeiten
die Schutzhaft verhängt.

WTB Berlin, 12. März. Der Schriftsteller Schnitzler,
über den die Schutzhaft verhängt wurde, gehört der
Pressestelle des Korps Lüttwitz an. Grabowski war

Presseschef bei der Gardekavalleriedivision. Er ist nicht
zu verwechseln mit dem Herausgeber der Zeitschrift „Neues
Deutschland.“ Im Zusammenhang mit der Schutzhaft
wurden die Wohn- und Büroräume der in Frage
kommenden Persönlichkeiten einer eingehenden Durch-
suchung unterzogen. In den Geschäftsräumen der
Nationalen Vereinigung wurde von Kriminalbeamten das
gesamte Material beschlagnahmt.

Wiederaufbau des Postwesens.

Ein Vortrag des Reichspostministers.

Der Reichspostminister Giesberts hielt am Freitag
der Berliner Handelskammer einen Vortrag über den Wieder-
aufbau des Post- und Telegraphenwesens. Eine Besserung
könnte nur dadurch geschaffen werden, daß technische
Reformen mit Personalreformen und Finanzreformen inein-
andergreifend zusammenwirken. Die Klagen über den
Telegraphenbetrieb berücksichtigen die Tatsache nicht, daß die
Verzögerung wesentlich darauf zurückzuführen sei, daß ein
während der Kriegsjahre nicht genügend instand gehaltener
Apparat das mehrfache der Friedensleistung vollbringen
müsse. Vor dem Kriege seien in Berlin 90 000, in Frank-
furt a. M. 80 000 und in Hamburg 25 000 Telegramme
werktaglich ausgeliefert worden. Jetzt seien die ent-
sprechenden Bismars 140 000, 60 000 und 45 000. Dabei
sei noch in Betracht zu ziehen, daß die vermehrte
Arbeitsleistung bedinge, weil die Wortzahl des durch-
schnittlichen Telegramms um 40 % von 18 auf
22,5 Worte gestiegen sei. Erhöht werde die Beförderung
der Telegramme auch dadurch, daß die Befehlungsbehörden
90 Telegraphenleitungen im besetzten Gebiet dem öffentlichen
Verkehr entzogen haben. Im vorigen Jahre seien im In-
lande 80 neue Leitungen fertiggestellt, im laufenden Jahre
würden weitere 60 neue Leitungen in Betrieb genommen
werden. Im Auslandsdienst seien nach Holland 9 neue
Leitungen in Betrieb genommen und weitere im Bau. Der
Verkehr nach Norwegen sei wesentlich erleichtert durch die
Wiederherstellung des Kabels Rugebuen-Åranda. Mit
England und der Schweiz seien Verhandlungen über Ver-
besserung der telegraphischen Verbindungen im Gange. Ein
Pressefunkdienst mit 15 Empfangsstellen an den wichtigsten
Orten Deutschlands sei gleichfalls zur Entlastung des
Telegraphenwesens eingerichtet worden. Auch beim Telephon-
betrieb sei die Überlastung des abgenutzten Apparats für
die meisten Schwierigkeiten verantwortlich zu machen.
Bis jetzt gebe es 1 1/2 Millionen Sprechkablen und einen
Zugang von 165 000 Teilnehmern im Jahre gegenüber rund
100 000 im letzten Friedensjahre. Die Ortsgespräche hätten
gegenüber der Friedenszeit von 1,17 Milliarden auf 2,24 Mil-
liarden, die Nachbarortgespräche von 277 Millionen auf
402 Millionen und die Ferngespräche von 134 auf 203 Mil-
lionen zugenommen. Gegenüber dieser Verkehrszunahme
könne die Herstellung der Apparate und der sonstigen Ma-
terialien infolge Rohstoffknappheit, Kohlenmangel und Streiks
nicht Schritt halten. Die Verwaltung sei bestrebt, durch
große Aufträge — es sind 250 000 Apparate bestellt —
durch technische Verbesserungen, die es ermöglichen, mehrere
Gespräche über eine Doppelleitung zu führen und durch Ver-
legung der Leitungen in unterirdische Zementkanäle den Ver-
trieb zu verbessern und zu verbilligen. Der Minister rechtfertigte
in seinen Schlussfolgerungen seine Tarifpolitik. Sie
sei deswegen nicht verkehrsfeindlich, weil sie mit einer Ver-
besserung der Wirtschaftslage und einer Verbilligung der Ver-
triebsausgaben rechne. Daher seien die Tarifserhöhungen
nur so bemessen, daß sie etwas mehr als die Hälfte des
Zehlbeitrages des Posthaushaltes deckten.

Zum Anschluß Tirols.

Die freiwillige Volksabstimmung.

Im Hinblick auf die von den „Innsbrucker Nachrichten“
eingeleitete, auf die Herbeiführung einer freiwilligen Volks-
abstimmung für den Anschluß Tirols an das Deutsche Reich
abzielende Bewegung verlaßt die Tiroler Landes-
regierung folgendes: Der Gedanke des Anschlusses an
Deutschland ist grundsätzliches Gemeingut im ganzen Tiroler
Volk, und es ist selbstverständliche Pflicht der Landes-
regierung, auf seine Verwirklichung hinzuwirken, um so
mehr, als die Verhältnisse, die die Unmöglichkeit des Fort-
bestandes der gegenwärtigen Lage immer deutlicher hervor-
treten lassen, mit Macht dazu drängen. Gestützt auf den
einstimmigen Beschluß des Tiroler Landtages vom 11. De-
zember 1919, worin der wirtschaftliche Anschluß des Landes
an das Deutsche Reich gefordert wurde, wird die Landes-
regierung in Abereinstimmung mit allen politischen Parteien

und Gruppen auf die Durchführung dieses Beschlusses durch
die Staatsregierung unablässig hinzuwirken suchen. Es ist
selbstverständlich, daß, wenn es sich um einen endgültigen
Anschluß handeln wird, in Wahrung des Selbstbestimmungs-
rechtes dem Tiroler Volk durch eine Volksabstimmung Ge-
legenheit gegeben wird, selbst das letzte und entscheidende
Wort zu sprechen.

Totales und Provinziales.

1. März, den 15. März.

□ Passbestimmungen für die Einreise nach Elsaß-
Lothringen. Die französischen Behörden haben für die
Einreise nach Elsaß-Lothringen nachstehende Passbestimmungen
erlassen:

Kein deutscher Reichsangehöriger darf nach dem Elsaß
und nach Lothringen einreisen, ohne im Besitz eines Reise-
passes mit Photographie zu sein. Dieser von den deutschen
Behörden auszufüllende Pass muß mit dem Sichtvermerk
(Visum) einer Militärpasseille von Straßburg oder Metz ver-
sehen sein. Allen schriftlichen Gesuchen um Erteilung des
Sichtvermerks sind außer dem Reisepaß selbst noch beizu-
fügen: 1. Zwei unaufgezogene Photographien, 2. zwei eigen-
händige Unterschriften auf dazu bestimmten Sonderformu-
laren. Kaufleute und Handlungsreisende haben dem Antrage
einen von der für ihren Wohnort zuständigen Handels-
kammer ausgefertigten Ausweis über ihre Berufsangehörig-
keit beizufügen. Reisen in Familienangelegenheiten werden nur
ausnahmsweise genehmigt (Ableben oder sehr schwere Er-
krankung naher Verwandter).

Als besonders wichtig sind auf dem Antragsformular folgende
Bemerkungen hervorzuheben: 1. Deutsche Reichsangehörige,
die die Einreiseerlaubnis nach Elsaß und Lothringen er-
halten haben, sind verpflichtet, binnen 24 Stunden ihre An-
kunft am Bestimmungsort wie ihre Abreise von dort beim
Polizeikommissar oder bei der Gendarmerie feststellen zu
lassen. 2. Während ihres Aufenthaltes im Elsaß und in
Lothringen dürfen die deutschen Reichsangehörigen nicht von
dem Reiseweg abweichen, der auf dem Paß vermerkt ist.
Beabsichtigen sie, sich an einen anderen Ort zu begeben, so
haben sie vorher ein Gesuch um Reisegenehmigung an den
Generalgouverneur von Straßburg oder Metz (Militärpasse-
ille) zu richten. 3. Deutsche Reichsangehörige, die sich
diesen Vorschriften nicht anpassen und in Elsaß und
Lothringen angetroffen werden, ohne im Besitz eines Reise-
passes mit dem Sichtvermerk der Militärbehörde zu sein,
werden sogleich an die Grenze zurückgebracht, unbeschadet
der gerichtlichen Verfolgung, der sie sich aussetzen. Abirrgens
weist das Antragsformular außer den üblichen Personalan-
gaben auch die beachtenswerte Frage auf: War der An-
tragsteller in Elsaß-Lothringen oder, vor dem 2. August 1914,
in Frankreich anständig? Eine besondere Bemerkung fordert
endlich von Handlungsreisenden die Annahme der Firmen, die
sie vertreten, sowie der Waren oder Lebensmittel, die sie
kaufen oder verkaufen wollen.

— Postpakete nach Finnland können bei Leitung
über Sankt und Schweden von jetzt ab mit Wertan-
gabe versehen werden, und zwar bis zum Meldebetrage
von 96 000 Mk. — Am 15. März wird der Postpaket-
verkehr mit folgenden Ländern wieder aufgenommen:
Ägypten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Britisch-
Indien, Bulgarien, Columbien, Costa Rica, Ecuador,
Ertrheea, Griechenland, Japan, Libyen, Niederländisch-
Indien, Panama, Paraguay, Peru, Portugal, Rumänien,
Spanien nebst den Bakaren und Canarischen Inseln,
mit dem unbefestigten Teil Ungarns, mit Uruguay und
Venezuela. Von dem gleichen Tage an müssen die Ge-
wichtsgebühren für Pakete und für Rastchen mit Wert-
angabe sowie die Versicherungsgebühren für Wertsendungen
nach dem Auslande, über die bekanntlich mit dem Aus-
lande in der Frankenkährung abgerechnet wird, und die
mit Wirkung vom 1. Februar an nach dem Verhältnis
von 1 Fr. = 8 Mk. angesetzt worden waren, wegen des
ungünstigen Wertverhältnisses der Mark zur Franken-
währung nach dem Satz von 1 Fr. = 12 Mk. be-
rechnet werden. Ueber die hiernach für die einzelnen
Länder festgesetzten Gebühren geben die Postanstalten
Auskunft.

— Halver, 13. März. Beginnend mit dem 15.
März nimmt das Fernspreckamt Halver von 8 Uhr vorm.
(im Sommer 7 Uhr) bis 11 Uhr abends für den Orts-
und dem Fernspreckverkehr ununterbrochen Dienst wahr.

— Rierspe, 13. März. Von dreifachen Einbruchs-
diebstählen wurden in den letzten Tagen Einwohner

Das Probefahr der Dolores Renoldi.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

46)

In süßer Schmeichelei sah sie ihn an.
„Sie hatten mich ja noch nicht darum gebeten.“
„Sie? — Warte, Dollu, das kostet Strafe.“
Und dann nahm er ihre Hand und küßte sie. „Dollu,
du mein alles!“

Ihr Mund von der Farbe blauer Korallen blühte ihm
entgegen, und beinahe andächtig berührte er die weichen,
süßen Lippen.

Er fühlte, wie sie erbebt, sah es in ihren Augen feucht
schimmern — und dann nahm er sie in seine Arme, sanft und
behutsam wie ein köstliches Kleinod.

Er drückte ihren Kopf gegen seine Brust.

„Jetzt hast du eine Heimat, — bei mir, du Süß!“
„Ich danke dir!“ flüsterte sie in tiefer Bewegung, „wüß-
test du, wie voller Dankbarkeit mein Herz ist, wüßtest du,
was du mir gibst!“

Und sie sprach die Wahrheit — alles hätte sie für den
Mann tun können in heißester Dankbarkeit und Liebe —
ja, auch Liebel! Sie liebte ihn in seiner ersten, strengen und
doch so gültigen Mannlichkeit — ihn, der so ohne Falsch und
ohne Berechnung war — in seine Hände konnte sie ruhig
ihren Leben legen! Seine großen Opfer, die er zu bringen
gewillt war, um sie zu besitzen, die wollte sie ihm doppelt loh-
nen. Sie erbebt vor Freude, wenn sie davon nachdacht!

In diesem Augenblick versank die Vergangenheit mit
ihren trüben Erfahrungen ganz in dem Glid der Zukunft.
Hatte das schwere Probefahr, das sie sich gesetzt, ihr
doch das Köstlichste gebracht, das es auf Erden gab!

Ein treuliebendes Mannesherz, das ihren Wert als
Mensch erkannte und gewürdigt hatte!

Wie sie das befehlte!

18. Kapitel.

„So, nun wäre glücklich das Abschiednehmen überstan-
den! Gott sei Dank!“

Der junge Offizier warf sich ein wenig verdrießlich in
die Ecke zurück, ohne Rücksicht auf die vielen Blumensträuße
zu nehmen, die auf den Polstern lagen.

„Es ist so anstrengend —“

— aber doch ein Zeichen dafür, daß man uns in den
paar Monaten lieb gewonnen hat! Die Damen haben es
doch so gut gemeint! — entgegnete die hübsche, rotblonde Frau
leicht getränkt, sich vom Fenster, aus dem sie noch mit dem
Taschentuch gewinkt, umwendend.

Er lachte kurz auf.

„Na, n' Eid will ich nicht gerade darauf schwören.“
Sie kam auf ihn zu, da der Bahnhof jetzt außer Seh-
weite war.

„Du scheinst verstimmt, Schatz!“

„Ach was! Haarweh hab' ich! Der Felt war nicht be-
sonders gestern abend und dann obendrein die Aussicht,
nach Krähwinkel verbannt zu sein.“

„Der Gedanke an Gerstadt drückt mich ja auch ein biß-
chen — viel Abwechslung wird's da nicht geben! Hier hab'
ich mich ja ganz wohl gefühlt! Aber dafür bist du Haupt-
mann geworden, Schatz, und ewig werden wir ja nicht dort
bleiben! Vielleicht kommen wir doch noch mal nach Berlin!“

„Nein, Töubchen, da bist du schief gewidelt! Das geht so
von einer kleinen Garnison in die andere! Ich bin den
Kram manchmal satt! Aber der Papa hat meine diesbezüg-
lichen Wünsche nicht verstehen wollen! Er meinte, ein Mann
ohne Beruf sei nur ein halber Mann, und die strenge
Disziplin tue mir nur gut.“

„Du kannst dich aber sonst nicht über Papa Voeser be-
klagen!“ sagte die junge Frau mit leichtem Vorwurf.

„Tue ich auch nicht! Er ist ganz anständig gewesen, der
alte Herr, und dem Einfluß deiner verehrten Mutter immer
noch zugänglich, vor der man ob ihrer Klugheit nur den Hut
ziehen muß!“

„Sieh, beide sind selbst in Gerstadt gewesen, haben uns
die kleine, hübsche Villa gemietet und haben vorgesorgt, daß
wir gar keine Unannehmlichkeiten und Ungemütlichkeiten haben
— ich töziere sogar, Mama ist noch dort und überwaht uns.“

„In Gottes Namen!“ Der junge Offizier fuhr sich
durch das dicke, dunkle Haar, erwiderte eine zärtliche An-
näherung seiner Frau mit einem flüchtigen Kuß und schob
sie dann beiseite. — „So, Schatz, jetzt tue mir den Gefallen
und lasse mich ein bißchen schlafen!“ Er gähnte ungeniert
und schloß die Augen; ein leichtes Schnarchen verflüchtete
sich, daß er eingeschlafen war. Die junge Frau nahm den
leichtesten, von einem feidenen Schleier umwundenen Panama-
hut von dem schönen, rotblonden Haar und leate ihn in das

Gepäck. Dann öffnete sie ihre elegante Reisetasche, klappte
das Fensterchen hoch, belegte es mit einer Papiervorleite
und packte allerlei darauf — ein Gläschen mit kölnischem
Wasser, Schokolade, Obst, feinen Kuchen, einen Allfteinband
und begann zu lesen, während sie fleißig von den guten
Sachen knabberte. Als und zu warf sie einen Blick auf ihren
Gatten, der noch immer schlief; sein hübsches Gesicht trug
einen schlaffen Zug, und seine Stirne war in Falten gezogen,
als ob ihn trübe Gedanken quälten.

In schnellem Fluge glitt die anmutige Landchaft an ih-
nen vorbei; sanft ansteigende Hügel mit düsteren Tannen
oder hellern Laubwald bestanden, wechselten mit lüppig grün-
enden Wiesen und Feldern ab, dazwischen lagen freundliche
Dörfer verstreut.

In einer Station hielt der D-Zug mit heftigem Ruck;
der Schläfer erwachte, blickte sich etwas verwirrt mit einem
nichts weniger als geistreichen Ausdruck um, so daß die
hübsche Frau hell auf lachte.

„Was machst du für ein dummes Gesicht, Schatz! Na,
hast du geschlafen? Wollen wir Kaffee trinken gehen?“
„Kleine Schlemmerin, noch nicht satt? Du, das schadet
deiner Figur, das alles.“ Er deutete auf die Lederer. „Ich
habe keine Lust! Gehe allein, oder wir lassen uns den Kaffee
herbringen.“

„Wie bist du bequem, Roger! Im Speisewagen ist's
doch immer so interessant. Doch wie du wüßst!“ Sie drückte
auf den Knopf neben der Tür und bestellte bei dem herbei-
eilenden Kellner des Speisewagens den Kaffee.

Der belebende gute Trunk erfrischte den Offizier, der
jetzt wieder heiterer dreinschaute.

Nedend fuhr die junge Frau über sein Gesicht. „Du
Griesgram, das steht dir gar nicht, du — wie du vorhin
warst.“

Er wuschelte den Pfad, setzte sich neben sie und sagte sie
um die Taille. Sie lehnte den Kopf an seine Brust und
blickte verlangend zu ihm auf. Er lachte und drückte einen
zärtlichen Kuß auf die roten, schwellenden Lippen. Sie ließ
ihn nicht —

„Du Nimmersatt! Du tust ja gerade, als seien wir erst
fünf Tage verheiratet und dabei sind es schon so viele Mo-
nate!“ neckte er, küßte sie aber doch herzlich ab — die rund-
liche, rosige, elegante Frau war doch zu verführerisch!

(Fortsetzung folgt.)

unserer Gemeinde betroffen. So ist von einem Einbruch auf Gut Jenburg zu berichten, der in der Nacht vom 10. auf den 11. d. s. Mts. ausgeführt wurde. Die Diebstahl n es auf die im Flur hängende Garderobe abgefallen und haben als Beute einen wertvollen Herren-Edermantel, 2 kostbare Herren-Mäntel, sowie eine Damen-Belgappe mitgenommen. Ferner wurden aus der Küche Lebensmittel sowie ein Besteck entwendet. Es kommt ein bedeutender Schaden in Betracht. Der Täter kommt man noch nicht habhaft werden, jedoch ist die Polizei eifrig bemüht, die angestellten Nachforschungen zu Ende zu führen. Herr Hüser hat auf die Wiederherbeschaffung eine Belohnung von Mk. 500.— ausgesetzt. — In der Nacht vom 11. auf den 12. d. s. Mts. wurde dem Landwirt Klügelhöfer in Kiersperhagen ein Schwein aus dem Stalle gestohlen. Die in der Nähe zu Tage tretenden Blutspuren verschafften die Gewissheit, daß das Tier sofort abgeschlachtet worden ist. In der Nähe von Eick zeigte sich eine größere Blutlache, ebenso wurden dort Schneidwerkzeuge vorgefunden, welche Umstände darauf schließen lassen, daß das Schwein hier zerteilt worden ist. Das Tier wog etwa 100 Pfund und ist daher auch dieser Schaden nicht unbedeutend. Die ausgenommene Fährte ging auf unser Dorf zu. Hoffentlich gelingt es der Polizei, Licht hinter die Sache zu bringen. — In der gleichen Nacht ist auch bei dem Landwirt Brote in Kiersperhagen ein Einbruch verübt worden. Von Dieben fiel hier ein wertvoller Treibriemen in die Hände. Man wird daher gut tun, wieder besondere Vorkehrungen zu treffen. Vielleicht gelingt es auf diese Weise der Leute habhaft zu werden, die den Unterschied zwischen „Mein und Dein“ nicht kennen, um sie ihrer wohlverdienten Strafe zuzuführen.

Hohenlimburg, 12. März. Einer hiesigen Zeitung geht folgende Zuschrift von vier anscheinend zu Unrecht Verhafteten zu, die trotz der ersten Lage, in der sie sich befinden, ihren Humor nicht verloren haben. „Untergezeichnete bitten diejenigen, welche an dem Einbruchsdiebstahl in der Obergasse bei der Firma Stamm beteiligt gewesen sind, den unschuldig Inhaftierten zwecks Erholung zwei Liter Roggen und einen Schinken nebst Rauchmaterial zukommen zu lassen. W. B., Eiserstraße 15. R. Sch., Im St. 9, W. B., Im St. 24, W. B., Elfr. Straße.“

Bochum, 12. März. Der alte Bergarbeiterverband hatte die Einlegung von zwei Förderschächten für alle Keilere und Schachtanlagen gefordert. Man erhofft davon eine Erhöhung der Kohlenförderung. Das Handelsministerium hat darauf geantwortet, daß es das Oberbergamt in Dortmund veranlaßt habe, Erhebungen über die Möglichkeit der Einführung einer zweiten Schicht auf den Ruhrrevieren, wo sie noch nicht besteht, anzustellen.

Nah und Fern.

Erzbergers Arzt berichtet. Professor Dr. Fleisch, der den Reichsfinanzminister Erzberger nach dem bekannten Attentat behandelt hat, bezeichnet die jüngst verbreitete Nachricht, daß die bedingungslos Bulleins, die damals über den Gesundheitszustand des Ministers veröffentlicht wurden, von ihm herrührten, als unwahr. Es sei auch unwahr, daß gegen ihn ein Verfahren vor dem Ehrengericht der Ärztekammer schwebte oder auch nur eine Anzeige gegen ihn erstattet sei. Im übrigen würde er als Dozent der Universität Berlin der Ehrengerichtbarkeit der Ärztekammer überhaupt nicht unterliegen.

80 Gramm Brot den Tag. Im niederbayerischen Rottal, einem Paradies der Schleichhändler und Schieber, hat als erste unter allen deutschen Gemeinden der Kommunalverband Pfarrkirchen die tägliche Brotration auf 80 Gramm herabgesetzt wegen unzulänglicher Getreideablieferung. Anstatt 50 000 Doppelzentner Getreide sind nur 13 000 Doppelzentner abgeliefert worden.

Der Gipfel der Gemeinheit. In Hannover ist es in den letzten Tagen mehrfach vorgekommen, daß Kriegsblinden die befandenen für sie abgerichteten Führerhunde auf offener Straße gestohlen worden sind, so daß die Blinden hilflos an den Straßenrändern standen. Der Bevölkerung Hannover hat sich darüber große Erregung bemächtigt, und einer dieser Verbrecher, der den gestohlenen Hund verkaufen wollte, ist nachdem er mörderisch durchgeprügelt worden war, verhaftet worden.

Eine fünfzigköpfige Goldschieberbande, deren Mitglieder zum größten Teil Ausländer sind, treibt im Schwarzwald ihr Unwesen. Die Schieber versuchen, Gold- und Silbermünzen gegen wertlose Bankanweisungen an sich zu bringen, um sie dann nach Frankreich zu schmuggeln. Die Bande ist wohl organisiert und hat angeblich ihren Sitz in Karlsruhe.

Entdeckung von Millionenbetrügereien. Die Duisburger Polizei hatte eine Millionenbetrügerei auf, in die eine große Anzahl von Personen verwickelt ist. Die Gesellschaft bezieht die Deutschen Kalkwerke Berlin und andere große Firmen unter Vorpiegelung der Kohlenlieferung auf Grund gefälschter Papiere. Der Hauptkalkwinder, ein Duisburger Diplomingenieur, ist flüchtig geworden unter Mitnahme großer Summen. Sein Passbuchs haben in Höhe von 2 270 000 Mark wurde beschlagnahmt. Mehrere Mitbeteiligte wurden verhaftet.

Die Lebensmittelunruhen und Plünderungen in Olmütz haben mit der Verhaftung von 80 Plünderern geendet. Alle Bäden und Gasthäuser sind behördlich geschlossen worden. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. In ganzen Scharen haben sich Soldaten an den Plünderungen beteiligt und den Böbel in seinen Handlungen bekräftigt. Feinde der Offiziere wurden nicht befolgt und die Anordnungen der Militärkommissionen verhöhnt.

Ein deutscher General, der Franzose werden will. Nach einer Meldung des „Matin“ befindet sich unter den zahlreichen Naturalisationsgesuchen von Deutschen, die im Elsass leben, auch das des Generals v. Arnim, des ehemaligen Gouverneurs von Metz. General v. Arnim ist mit einer Elsässerin, einer geborenen v. Lürdheim, verheiratet.

Überfall auf einen Eisenbahnzug. Der Personenzug Bologna—Mailand ist dieser Tage kurz vor der Endstation von einer Räuberbande zum Stehen gebracht worden. Zwischen den Angreifern und den im Zuge mitfahrenden Wachmannschaften entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht. Es gelang den Räubern, den Gepäckwagen vollständig auszuplündern.

Die Getreideschau in Todesnot. In Friesland bei Vamberg hat ein raptierender Bauer zwei zur Getreideschau gekommene Schaulente in eine Schenke eingesperrt und diese angezündet. Die Böschmannschaft befreite die jämmerlich um Hilfe Schreienden im letzten Augenblick aus höchster Todesnot.

Holzeri in der Stadtverordnetenversammlung. Ein „netter“ Auftritt spielte sich in der Stadtverordnetenversammlung in Plau in Mecklenburg ab. Die Bürgerschaft hat sich seit der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung in zwei feindliche Lager geteilt. Bei Beratung eines Antrages auf Bohnenerhöhung der städtischen Arbeiter kam nun die Feindschaft in tödlicher Weise zum Ausbruch. In einem Augenblick, da alles durcheinander schrie, erhob sich auch die Zuhörer Protest, und plötzlich war eine allgemeine Kauserei im Gange, an der auch die Zuhörer teilnahmen; man schlug mit Fäusten und Stühlen aufeinander los! Einige der Stadtväter flüchteten blutend und erschlagen aus dem Saale. Sechs erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen. Da man befürchtete, daß allgemeine Unruhen ausbrechen könnten, wurde die Sicherheitswehr in Schwerin alarmiert, die in Automobilen herankam. Sie verhinderte den Ausbruch von Gewalttätigkeiten.

Zuchthausreform in Italien. In der italienischen Kammer ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der Zuchthaus und Einzelhaft im Zuchthaus abschafft. An Stelle der Zuchthausstrafe wird die Unterbringung der Verurteilten in Zwangsarbeitsanstalten für Ackerbau oder Industrie gesetzt. Der Erwerb der Arbeit soll zur Entschädigung des Opfer des Verbrechens oder der Hinterbliebenen verwandt werden. Das Gefängnis wird überhaupt nur für Unterfuchungshäftlinge aufrechterhalten, die dort aber keineswegs länger als sechs Monate bleiben dürfen. In diesem Zeitraum muß jede Untersuchung beendet sein.

Große Funkstation in Schweden. Die schwedische Telegraphenverwaltung hat der schwedischen Regierung den Plan der Errichtung einer großen Funkstation an der schwedischen Westküste vorgelegt. Die Station wird dem Verkehr mit Amerika dienen und auch als Durchgangstation für Rußland verwendet werden. Sie soll ungefähr die gleiche Reichweite erhalten wie die deutsche Station in Rauen.

Einschränkung des Personenverkehrs in Sachsen. In Sachsen ist seit Donnerstag der Personenverkehr auf 40 % beschränkt worden, um den schnelleren Abtransport der Kohle zu ermöglichen. Durch diese Maßnahme und mit Hilfe einer Anzahl von Preußen und Bayern zur Verfügung gestellter Lokomotiven hofft man die 9000 Tonnen Kohle, die jetzt auf die Halben geschüttet werden mußten, in nächster Zeit abfahren zu können.

Ein Rückgang des Eisenbahnverkehrs. Die Tarif-erhöhung der Eisenbahn soll bisher keinen erheblichen Rückgang in der Personenbeförderung verursacht haben. Die Beförderung der einzelnen Klassen in den Schnell- und D-Zügen ist ungefähr die gleiche wie vor der Fahrpreiserhöhung. Es ist auch keine Umwanderung aus den höheren in die niederen Klassen eingetreten.

Hohe Besteuerung deutscher Dienstboten in Paris. Der Pariser Gemeinderat hat eine Dienstbotensteuer angenommen, nach der Dienstboten alliierter Nationalität steuerfrei bleiben. Dienstboten aus neutralen Ländern den dreifachen und Dienstboten aus bisher feindlichen Ländern den fünffachen Betrag der Grundtaxe zu zahlen haben.

Einkommensverhältnisse am Burgtheater. Am Wiener Burgtheater ist eine Bewegung im Gange, die dahin abzielt, das Einkommen der Solomistglieder des Theaters so zu gestalten, daß die geringste Jahresgage 100 000 Kronen beträgt. Die Mitglieder verpflichten sich dagegen, außerhalb des Burgtheaters nicht aufzutreten.

Schwere Frostschäden in Frankreich. Eine Kälte- welle hat in Frankreich starken Schaden an den Obstbäumen angerichtet, deren Blüte in den meisten Gegenden sehr vorgeschritten war.

Der Triumph des Schleichhandels.

Auf dem Sagarjesamarkt in Moskau.

Seit unvorstelllichen Zeiten gibt es in Moskau einen großen Markt, zu dem aus allen Winkeln Rußlands die Menschen ziehen, um zu kaufen oder zu verkaufen, was sie zu Hause nicht finden oder was sie loschlagen wollen. Es gibt in Moskau zwar viele Märkte, aber dieser eine ist der Markt von Moskau schlechthin. Auf einem zwei Kilometer langen Boulevard, der durch einen alten Turm aus dem 17. Jahrhundert beherrscht wird, wurde seit jeher namentlich an Sonntagen ein schwungvoller Handel mit neuen und alten Sachen getrieben, und es war eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Fremde diesen Ort aufsuchte, denn man mußte ihn gesehen haben. Die kommunistische Regierung hat diesen Markt nicht etwa, ihren Theorien entsprechend, beseitigt, sondern hat ihm zu einer zehnmal größeren Bedeutung verholfen, denn er ist unter ihrer Herrschaft zum Mittelpunkt des illegitimen Lebensmittels- und Warenhandels in Rußland geworden. In einer wenige Minuten betragenden Entfernung vom Sitz der allmächtigen außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, Sabotage und Spekulation liegt dieser Sagarjesamarkt, der den Triumph des Schleichhandels darstellt.

Vor einer endlosen Reihe von Zelten und Bänken — so plaudert ein holländischer Berichterstatter — drängt sich eine unabsehbare Menschenmenge. Man gelangt zuerst in die Lebensmittelabteilung. Der Begriff Kopeke ist in Sowjetrußland längst in Vergessenheit geraten. Es gibt nur noch ein Ding, das man für einen Rubel erhält, nämlich eine Zeitung. Für zwei Rubel gibt es auch etwas zu kaufen, das ist ein Blatt aus einem alten Kopierbuch, das der beste Zigarettenpapierertrag zu sein scheint. Dann macht die Preisliste gleich einen Sprung auf 55 Rubel, wofür man eine Schachtel Streichhölzer erhalten kann. Was nun die Preise für Lebensmittel betrifft, so muß vor allem von den Angaben gewarnt werden, die besonders die Rußland besuchenden Fremden oft in gutem Glauben machen. Die Fremden verwechseln sehr leicht die zwei russischen Gemächsmäße Pfund und Pud. So kommt es, daß sie nicht selten mit phantastischen Preisen für ein Pfund Brot heimkehren. Sie hatten von einem Pud Brot gehört und ein Pfund Brot verstanden; der Preis, den sie vernahmen, war natürlich viel zu hoch, da ein Pud 16 Kilogramm hat. Tatsächlich stellen sich die Preise Mitte Dezember 1919 in Sowjetrußland pro Pfund in Moskau folgendermaßen (wobei in der Klammer die in der Provinz üblichen Preise beigegeben sind, damit man den Preisgewinn ermessen): Zucker 1200 (750), Fleisch 350 (150), Salz 430 (500), Butter 1700 (500), Speck 1500 (500), Petroleum 400 (300), Brot 170 (50). Ferner kosteten pro Pud: Roggenmehl 7000 (2500), Weizenmehl 12 000 (4000), Erbsen 1800 (450).

Nach der Befichtigung der Bauern, die hinter ihren biden Mehlböden oder hinter Bergen von Brot stehen, gelangt man zu kompletten Feldküchen, großen Herden, auf denen mitten auf dem Markt allerlei schmackhafte Gerichte gekocht werden. Da wird ein Brei fertiggestellt, dort eine dicke Suppe, Pfannkuchen, Butterteig, Beestack mit Brat- löffeln usw. Ein kleines „deutsches“ Beestack mit zwei Kartoffeln kostete 60 Rubel. Für ein Wasserglas voll Sekt verlangte man 50 Rubel, für ein Stück Kuchen 100 Rubel, für ein Glas Tee 15 Rubel. In der Abteilung für Hauswirtschaftsartikel fand ich unter anderem alle mög-

lichen Toilettegegenstände, die das Stück zwischen 600 Rubel kosteten.

In den weiteren Abteilungen, in denen die Artikel feilgeboten werden, ist für einen Fremden, der hochwertige Auslandswaluta verfügt, alles sportbillig. Da Rußland absolut keinen Verkehr mit dem Auslande, auch keinen Geldverkehr hat, kann kein Ausländer von Billigkeit profitieren. Ergattert man jedoch etwas von den wenigen über die Grenze geschmuggelten oder in den eroberten Gebieten zurückgebliebenen Sowjetrubeln, von denen man fünf oder zehn Stück für ein paar holländische Gents kaufen kann, so kann man in Rußland Kleieneinkäufe machen. Manche Dinge, vor allem die Kleider, sind freilich auch für Fremde nicht billig. Ich sah 15 000 und 20 000 Rubel für ein paar ganz gewöhnliche Herrenschuhe bezahlen, 40 000 Rubel für einen alten Winterrod. Aber eine prächtig gestickte, schaflederne Bauernweste, die mit Pelz gefüllt war, kostete nur 2000 Rubel, ein herrlicher altrussischer Wandteppich 200 Rubel, ein blaunerell 1000 Rubel, sibirischer Opsum 500 Rubel, ein Perliantell 800 Rubel. Die Pelzpreise waren dabei noch hoch, weil man durch die Kollisionsfront von Sibirien abgeschlossen war. Nur die russischen Heiligenbilder waren sehr teuer. Ein kleines, gut gemaltes Heiligenbild ist 30 000 bis 70 000 Rubel wert, ein Bemeis, wie groß selbst in Sowjetrußland die Nachfrage nach solchen Dingen ist. Ein Heiligenbildhändler war allerdings mit der Zeit gegangen und bediente an seinem Verkaufsstand auch Soldaten mit Abzeichen der Roten Armee. Er bekam 40 Rubel für einen kleinen Stern, 250 Rubel für einen Kommissärstern und 300 Rubel für eine gelbte rote Führerarmabzeichen.

Kleine Nachrichten.

Erzbergers Rücktritt.

Berlin, 12. März. Reichsfinanzminister Erzberger hat heute mittag dem Reichskanzler sein Amt zur Verfügung gestellt. Die Entscheidung wird noch heute fallen. Man nimmt bestimmt an, daß sein Nachfolger innerhalb 24 Stunden ernannt sein wird. Wie bestimmt verlautet, wird der neue Reichsfinanzminister ein nicht politischer sein, der aber dem Zentrum genehm ist. Erzberger erschien heute mittag 12 Uhr im Reichstag und nahm an einer Besprechung des Vorstandes der Zentrumsparlei teil, in der über seinen Rücktritt entschieden wurde. Die auf 12 Uhr angesetzte Fraktionsberatung wurde auf 2 Uhr verschoben. Es handelt sich nur noch über die Entscheidung der Frage, ob Erzberger auch sein Mandat als Abgeordneter niedlegt. Es wird angenommen, daß Erzberger die Folgen aus dem Urteilspruch ziehen wird. Das letzte Wort haben seine Wähler zu sprechen. Wahrscheinlich werden sie vor der Mandatsniederlegung förmlich um ihre Meinung befragt werden.

Verbrechen an deutschen Kindern auf einem britischen Zerstörer.

TU Berlin, 12. März. Aus Cuxhaven gehen der B. J. Meldungen über Verbrechen zu, die an deutschen Kindern in Cuxhaven begangen worden sein sollen. Angehörige der Besatzung zweier britischer Torpedobootzerstörer, welche die Mitglieder der französischen Ueberwachungskommission durch die deutschen Vafenbüren und im vergangenen Monat zw. Tage in Amerika haben in Cuxhaven vor Anker lagen, sollen minderjährige Knaben und Mädchen durch Geschenke an Bord des Zerstörers „Tower Redoubt“ gelockt und dort mißhandelt und verewaltigt haben. Die Angehörigen der verdächtigsten Kinder erstellten Anzeige bei dem zuständigen Amtsgericht in Rixbüttel, das eine Untersuchung eingeleitet hat. Die beiden britischen Schiffe hatten Cuxhaven verlassen, ehe das Verbrechen zur Kenntnis der zuständigen deutschen Behörden kam. Es sind sofort die erforderlichen diplomatischen Schritte eingeleitet worden.

Eine falsche Beschuldigung Deutschlands.

Berlin. Nach Beredsamungen hat Ministerpräsident Millerand bezeugt, daß Deutschland die militärischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verleihe, indem es Waffen verborgen hält u. a. Im Anschluß hieran hat er wieder die Provinzen ausgerufen, die bereits aus seiner Kolonnen bekannt waren, und Unterzeichnung der Räumungstruppen und Wiederbesetzung bereits geräumter Gebiete in Aussicht gestellt. Hieran wird von einer falschen Seite u. a. geschrieben: Deutschland den nicht daran, irgendwelche geheime Waffenlager zu unterhalten. Alle Vorgänge spielen sich vor den Augen der Entente-Kommissionen ab, die mit zahlreichem Unternehmungen das ganze Reich überblicken können. Sämtliche in den Händen der Armee und des Reichswehrministeriums befindlichen Waffen werden nicht mehr den zuständigen Entente-Ausschüssen pflichtgemäß angezeigt.

Statt besonderer Anzeige.



Gestern abend 11^{1/2} Uhr entschlief sanft nach kurzem, schweren Leiden meine liebe Gattin, unsere teure Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Hermann Schriever

Adeline geb. Wirth

im 43. Lebensjahre.

Tiefbetrübt über den schmerzlichen Verlust:

Hermann Schriever,

Liesel Schriever,

Ferdinand Schriever,

Johanna Schriever.

Kierspe i. W., den 13. März 1920.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. März, Nachmittags 4 Uhr statt.

